

DIE KRISE DER AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE

von Stephan Bierling

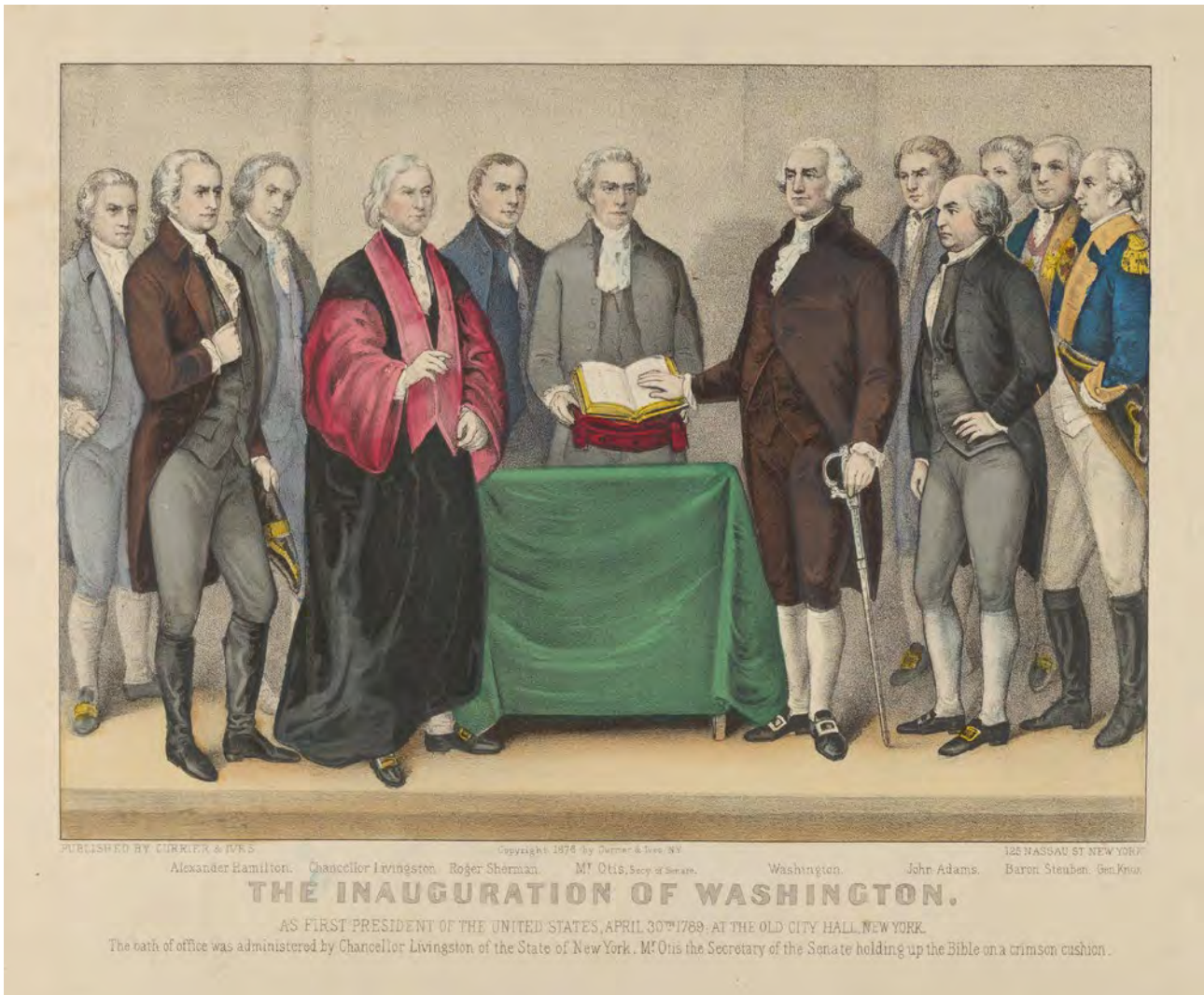
„Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich“, begann Leo Tolstoi seinen Roman Anna Karenina. Dies trifft auch auf Demokratien zu. Funktionieren sie, stimmen alle Faktoren: allgemeine, freie und gleiche Wahlen und die Akzeptanz ihrer Ergebnisse, Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, garantierte Grundrechte, unabhängige Medien, die Bereitschaft der Bürger und Politiker, das Regierungssystem nur schrittweise und entsprechend der Verfassung zu reformieren, sich in der öffentlichen Debatte zu mäßigen und den Kompromiss zu suchen. Bedroht sind Demokratien, wenn einer dieser Pfeiler wankt.¹

Dass die USA einmal zu den bedrohten Demokratien zählen würden, hätte noch vor wenigen Jahren kaum ein Beobachter prophezeit. Sie feiern am 4. Juli 2026 ihren 250. Geburtstag. Ihre Verfassung, die älteste noch gültige der Welt, stammt aus dem Jahr 1788. Sie durchlebten einen blutigen Bürgerkrieg, zwei Weltkriege, eine Depression – und hielten an ihrer Demokratie fest. Sie überwand den schlimmsten Makel ihrer Gründung, die Sklaverei, obwohl es die Nation fast zerriss und Schwarze in den Südstaaten erst während der 1960er Jahre alle Freiheitsrechte erhielten. Sie dämmten unter Präsident Theodore Roosevelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Herrschaft von Oligarchen, Monopolen und Kartellen in Wirtschaft und Politik ein. Während die Deutschen die Weimarer Republik am 30. Januar 1933 Hitler und den Nazis nahezu widerstandslos auslieferten, kam in den USA wenige

Wochen später mit Franklin Delano Roosevelt ein Präsident ins Amt, der Sozialstaat und Demokratie stärkte und das Land mit sicherer Hand durch eine der schwierigsten Phasen seiner Existenz steuerte. Und im Kalten Krieg siegte die individualistische und dynamische amerikanische Demokratie über die kollektivistische und reformunfähige sowjetische Diktatur.

Zwar geriet Amerika immer wieder auf innen- und außenpolitische Abwege: Es diskriminierte Ureinwohner und asiatische Einwanderer, internierte im Zweiten Weltkrieg 120 000 Bürger japanischer Herkunft, hetzte während der McCarthy-Jahre paranoid gegen Kommunisten, destabilisierte oder stürzte ausländische Regierungen, die ihm zu links erschienen, verstrickte sich in Vietnam- und Irakkrieg, verletzte im Anti-Terror-Kampf nach 9/11 die Menschenrechte in den Gefängnissen von Abu Ghraib und Guantánamo. Aber jedes Mal schafften es die USA, oft freilich erst nach langer Zeit, solche kapitalen Fehler zu korrigieren. Das Wort von der *more perfect union* in der Präambel der Verfassung war zum einen Zustandsbeschreibung, zum anderen Dauerauftrag an die Politik.

1 Der Text basiert auf dem gerade erschienenen Buch Stephan Bierling: Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie, München 2024.



Inzwischen stockt jene von den Gründervätern eingeforderte Optimierung des Gemeinwesens, mehr noch: Die Deformationen nehmen zu. Das internationale Forschungsinstitut Varieties of Democracy (V-Dem) zählte in seiner *Democracy Report 2022* die USA zu den 33 Staaten, in denen die Demokratie zwischen 2016 und 2021 am meisten Schaden nahm. Sie fielen von Platz 17 auf 29 bei insgesamt 179 untersuchten Ländern und sind nur einen Hauch davon entfernt, ihren Status als liberale Demokratie zu verlieren. Laut V-Dem liegt das primär an der systematischen Desinformationspolitik der Trump-Regierung sowie der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung. Beides kulminierte am 6. Januar 2021 im Versuch eines abgewählten Präsidenten, das kostbarste Gut jedes demokratischen Prozesses zu sabotieren: nach verlorenen Wahlen die Macht

friedlich einem Nachfolger zu übergeben. Donald Trump rief militante Unterstützer in die Hauptstadt Washington und stachelte sie auf, die Zertifizierung des Wahlergebnisses durch den Kongress zu verhindern. So etwas war in 245 Jahren amerikanischer Demokratie noch nie geschehen.²

Der Coup scheiterte, aber Trump vergiftete mit seiner Lüge von der „gestohlenen Wahl“ auch als Ex-Präsident weiter das politische Klima. Es wäre indes falsch, ihn allein für die Spaltung der

2 Vertiefend dazu empfehlen sich die Artikel Lars Rensmann: Angriff auf die Demokratie: Autoritäre Umsturzversuche vom Hitlerputsch bis zum Sturm auf das US-Kapitol, in: *Einsichten und Perspektive* 03/23; Alexander Stulpe: Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie, in: *Einsichten und Perspektiven* 02/24.

Die Amtseinführung George Washingtons als erster Präsident der Vereinigten Staaten am 30. April 1789
 Bild: *Picture Alliance/Heritage Art/Heritage Images/Fotograf: Nathaniel Currier*

Donald Trump während der Beratungen der Geschworenen in seinem Schweigegeldprozess in New York vor dem Strafgericht in Manhattan am 30. Mai 2024
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Steven Hirsch



Nation verantwortlich zu machen – obwohl kein Präsident in der US-Geschichte weniger Respekt vor der Verfassungsordnung und mehr autoritäre Tendenzen zeigte als Trump. Doch er traf auf eine Wählerschaft, die das zu einem erstaunlich hohen Anteil attraktiv fand, und eine politische Kultur, die sich über Jahrzehnte an Konfrontation, Diffamierung und Skandalisierung gewöhnt hatte. Trotz der Anklageerhebung in *United States of America v. Donald Trump* am 1. August 2023 wegen Demokratieverrats und drei anderen Strafverfahren dominierte er die republikanischen Vorwahlen, holte sich locker zum dritten Mal die Nominierung seiner Partei und eroberte am 5. November 2024 erneut das Weiße Haus.

Die parteipolitische Polarisierung kontaminiert mittlerweile alle Träger, Verfahren und Institutionen der amerikanischen Demokratie: Gesellschaft, Interessengruppen, Think Tanks und Medien, Parteien, Wahlen, Legislative und Exekutive, Föderalismus, Gerichtsbarkeit, selbst die Interpretation der Verfassung. Sie hat die Funktionsmechanismen des Regierens grundlegend verändert. Ältere Einführungswerke ins politische System der USA besitzen heute nur mehr historischen Wert, weil zentrale Erkenntnisse überholt sind: Dass Amerikaner pragmatisch agieren und es viele Wechselwähler gibt. Dass den Parteien eine geschlossene Programmatik fehlt und sie regional sehr unterschiedlich

aufzutreten. Dass das Mehrheitswahlrecht moderate Politiker bevorzugt. Dass Präsident und Kongress über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten können. Dass Bundesrichter überparteilich bestellt werden oder dass der Föderalismus als Labor der Demokratie fungiert.

Republikaner und Demokraten stehen sich im Bund und in den Einzelstaaten wie verfeindete Stämme gegenüber, unwillig zum Kompromiss, dem Herzstück des politischen Systems. Beide Parteien können sich nur noch darauf einigen, dass die Nation in Gefahr schwebt. 69 Prozent der Demokraten und der Republikaner stimmen laut einer Umfrage der Aussage zu, „die Demokratie droht zu kollabieren“. Aber die eine Seite macht Trump und seine radikalen *Make-America-Great-Again*-Anhänger dafür verantwortlich, die andere Präsident Joe Biden und die „sozialistischen Demokraten“. *Gridlock*, Lähmung, dominiert Washington. Die Folge: Das Regierungssystem gerät aus dem Lot, die Gesetzgebung stockt, das Weiße Haus regiert über Direktiven zunehmend am Parlament vorbei, formale Abläufe werden hemmungslos politisiert. Es passt in dieses Bild des permanenten Grabenkampfs, dass drei der vier Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten in der US-Geschichte seit 1996 stattfanden – einmal gegen den Demokraten Bill Clinton, zweimal gegen den Republikaner Trump.

Diese neuen Dynamiken sind für das politische System und die Mechanik des Regierens von eminenter Bedeutung. Über allem schwebt die auch für Europa und Deutschland bedeutsame Frage: Verfügt die Demokratie in Amerika über genügend Selbstheilungskräfte, ihre schwere Krise zu überwinden und in absehbarer Zeit wieder als Vorbild in die Welt hineinzuwirken? Denn als älteste und machtpolitisch mit großem Abstand wichtigste Demokratie der Welt prägt Amerika seit bald zweieinhalb Jahrhunderten deren demokratische Entwicklung: durch Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und *Bill of Rights*, durch Woodrow Wilsons 14-Punkte für ein Friedenssystem nach dem Ersten Weltkrieg, durch die *Atlantic Charter*, die Vereinten Nationen und das Errichten einer liberalen internationalen Ordnung, durch die Förderung der europäischen Integration und wertebasierter Zusammenarbeit, hauptsächlich allerdings durch ihre gelebte Praxis, die Bevölkerung alle zwei beziehungsweise vier Jahre entscheiden zu lassen, wer sie regiert. Die USA boten Europäern und insbesondere Deutschen Zuflucht und Schutz vor Monarchen und Nazis, ihr egalitäres und meritokratisches System versprach Aufstiegschancen und Freiheit. Das enorme Interesse, mit dem die Europäer das Phänomen Trump und die politischen Turbulenzen in Amerika verfolgen, ist deshalb nur zum Teil Ausdruck einer tiefen Faszination für dieses

Land. Es entspringt vor allem dem Bewusstsein, dass viele seiner demokratischen Deformationen auch in der Alten Welt zu beobachten sind und man mit einem Blick über den Atlantik die eigene Gegenwart und Zukunft erkennen kann.

Machtpolitisch sieht sich Europa nach der Wiederwahl des Nationalisten und Isolationisten Trump wahrscheinlich mit der Herausforderung konfrontiert, ohne politische Führung und materielle Unterstützung der USA die Versuche autoritärer Großmächte abwehren zu müssen, das westliche Politik- und Lebensmodell zu zerstören. Ohne Amerika hätten die europäischen Demokratien wahrscheinlich weder den Ersten und Zweiten Weltkrieg noch den Kalten Krieg überdauert, ohne sie wären Bosnien und der Kosovo der serbischen Aggression in den 1990er Jahren schutzlos ausgeliefert gewesen. Und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt: Wären die Europäer bei der Hilfe für Kyjiv auf sich allein gestellt, stünden Moskaus Invasionstruppen wohl bereits an der Grenze von EU und NATO. Die Entwicklung der Demokratie in Amerika ist deshalb nicht nur von theoretischem Interesse, sondern auch essenziell für das Überleben und Gedeihen der Demokratien in Europa und der Welt. In seiner zweiten Amtszeit wird Trump versuchen, das Regierungssystem ganz auf die Präsidentschaft und damit auf sich selbst zuzuschneiden und die *checks and balances*, die

US-Präsident Joe Biden umarmt den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij bei seinem Besuch in Kyjiv am 20. Februar 2023 und sichert ihm Unterstützung zu.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Sven Simon-
The Presidential OfficeU



Kontrollen der Macht, graduell zurückzudrängen. Zur Diktatur werden die USA unter ihm wohl nicht, das wird selbst er in den kommenden vier Jahren nicht schaffen – und eine erneute Kandidatur verbietet ihm der 22. Verfassungszusatz. Eine auf Personenkult gedrillte Ein-Mann-Demokratie indes ist eine realistische Möglichkeit, entscheidend dafür sind die Mehrheiten im Kongress. Das dürfte die Nationalpopulisten überall in der Welt bestärken, wie schon sein Wahlkampf 2016 und sein erster Wahlsieg den Brexit-Anhängern und Geistesverwandten wie Jair Bolsonaro in Brasilien und Victor Orbán in Ungarn Auftrieb verliehen hatte.

Wege aus der Krise

Aber die parteipolitische Spaltung der USA ist nicht gottgegeben, sondern von Menschen gemacht und damit umkehrbar. Die meisten Beobachter sehen die Lösung für die Krise der amerikanischen Demokratie in einer Änderung von Verfassung, Wahlsystem oder Gesetzen und hoffen auf eine neue Politikergeneration, die weniger polarisiert ist, nicht länger Konflikte anheizt und die alte Tugend der Kompromissbereitschaft wiederentdeckt. Keiner der Vorschläge lässt sich jedoch leicht umsetzen und kann die Defekte der Demokratie und die Spaltung des Landes alleine überwinden, zumal die Verfassung der USA die am schwierigsten zu ändernde aller Demokratien ist. Im Letzten kommt es auf die Bürger an, die „Flut wütender und böstiger Leidenschaften“ zurückzudrängen, was schon der schon Gründervater Alexander Hamilton forderte.

So prognostizieren die Politikwissenschaftler Devin Caughey vom MIT und Christopher Warshaw von der George Washington University, dass Kulturkämpfe Demokraten und Republikaner nicht dauerhaft spalten würde. Das mag in der Anfangszeit, wenn solche Themen politisch virulent sind und Polarisierungsunternehmer sie ausschlichten, durchaus so sein. Langfristig allerdings, so die beiden Forscher, setze sich eine gemäßigte Mitte über Wahlen oder Volksabstimmungen durch. Als Beispiel nennen sie das Programm *Obamacare*, die viele republikanische Einzelstaaten zunächst zurückwiesen, ja als sozialistisch verteuflten, obwohl ihnen der Bund hohe Zuschüsse für eine erweiterte Krankenversicherung in Aussicht stellte. Ende 2014 hatten erst 26, meist von Demokraten regierte Staaten das Programm akzeptiert; fast jeder republikanische Staat sperrte sich gegen die

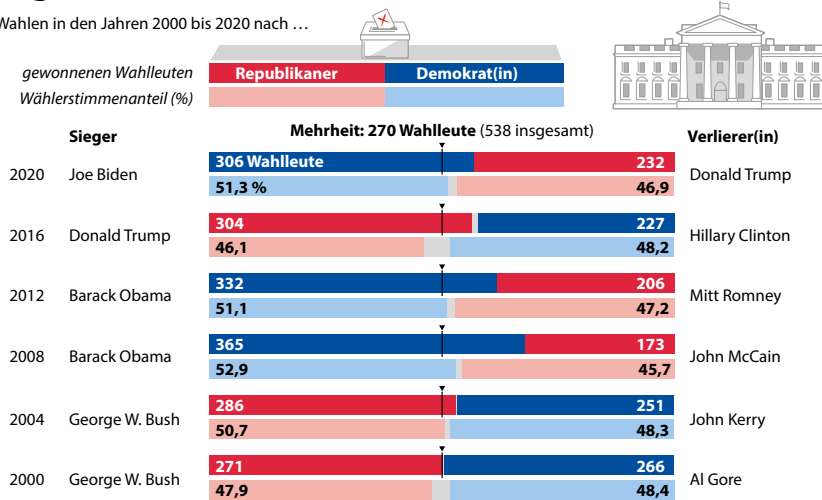
Teilnahme. Weil sich *Obamacare* aber bei den Bürgern als populär erwies, traten bis Anfang 2024 zusätzliche 14 Staaten bei. Damit schrumpfte die Ablehnungsfront auf zehn Staaten im Süden und Mittleren Westen. Genauso verflüchtigten sich früher schon Streitthemen wie Alkoholverbot oder Homosexuellenrechte, als sich ein Konsens unter den Wählern herausbildete und sich somit das Befeuern des Konflikts für Politiker nicht mehr lohnte.

Für Abtreibung, Todesstrafe, Waffenkontrolle, illegale Einwanderung und Klimaschutz könnte in Zukunft Ähnliches gelten. „Das Amerika von heute ist in fast allen Fragen sozialliberaler, säkularer, weniger heteronormativ, vielfältiger in Bezug auf Rasse und persönliche Identität als das Amerika von George W. Bush“, konstatierte New-York-Times-Kolumnist Ross Douthat im Frühjahr 2023. Selbst jüngere Republikaner bewegen sich bei einigen dieser Fragen hin zum Mainstream. Die Rebellion gegen die gesellschaftliche Modernisierung mobilisierte zwar zwei Jahrzehnte lang die ideologische Rechte, die ihren größten Erfolg feierte, als der Supreme Court 2022 das landesweite Recht auf Schwangerschaftsabbruch beendete. Aber das Urteil erwies sich als Pyrrhussieg, wie die Niederlagenserie der Abtreibungsgegner bei Plebisziten seither dokumentiert. Selbst Trump mit seinem ausgeprägten Instinkt für Stimmungen rückte im Wahlkampf 2024 von seiner harten Haltung in dieser Frage ab.

Grafik: Picture Alliance

Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen

Wahlen in den Jahren 2000 bis 2020 nach ...



Hinweis: Zu 100 Prozent/538 Wahlleuten fehlende Werte sind Stimmen für andere Kandidaten bzw. Enthaltungen.
Quelle: US-Kongress, US-Wahlkommission FEC, CNN

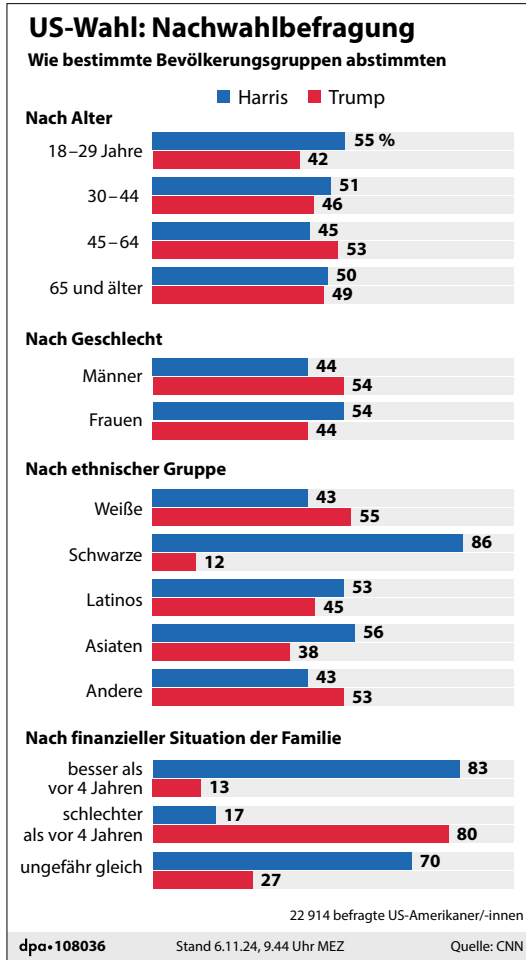
2024 wird jedoch nicht als ein Wendepunkt bei der Spaltung der Gesellschaft der USA entlang parteipolitischer Linien in die Geschichte eingehen.

Die Wahlen am 5. November zeigten die unverminderte Attraktivität der Botschaften Trumps. Obwohl er noch radikaler auftrat als bei seinen Kandidaturen 2016 und 2020, holte er mit gut 50 Prozent das zweitbeste Ergebnis eines republikanischen Präsidentschaftsbewerbers seit 1992.

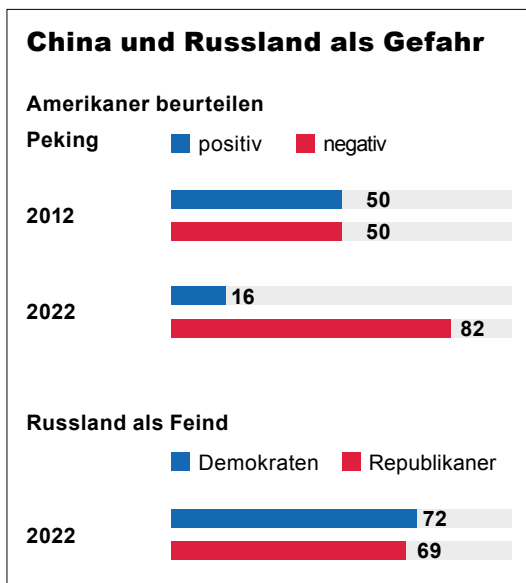
Mehr noch: Er gewann stark bei Latinos und Schwarzen hinzu, vor allem bei den jungen Männern unter ihnen. Die USA leben im Trump-Zeitalter. Trump ist ein transformativer Präsident, kein Präsident seit Franklin Roosevelt (1933-45) hat der Politik so sehr seinen Stempel aufgedrückt. Steht er seine zweite Amtszeit durch, wird er das Land vierzehn Jahre lang, von 2015 bis 2029, in seinen Bann geschlagen haben. Ob sich danach Mäßigung und Kompromiss, die von den Verfassungsvätern am höchsten verehrten Tugenden, wieder stärker Geltung verschaffen können in der amerikanischen Politik, ist keineswegs garantiert.

Bei aller Konfrontation kristallisieren sich jedoch Bereiche heraus, die Wähler und Parteien ähnlich einschätzen. Weitgehender Konsens herrscht etwa bei gleichem Lohn für Mann und Frau, bezahltem Mutterschaftsurlaub, Ausbau von Straßen und Stromnetzen, Wiederansiedlung von Industrieunternehmen, Erhöhung des Renteneintrittsalters oder schärferen Energieeffizienz-Standards bei Gebäuden, Kraftwerken und Autos. Auch in der Außenpolitik gibt es Gemeinsamkeiten. Globalisierungskritik und Protektionismus sind bei Demokraten wie Republikanern mehrheitsfähig, keine Seite strebt noch nach Freihandelsabkommen oder einer Wiederbelebung der Welthandelsorganisation. China wird zunehmend als Gefahr betrachtet: 2012 beurteilten ebenso viele Amerikaner Peking negativ wie positiv, 2022 waren es 82 zu 16 Prozent. Russland sahen 72 Prozent der Demokraten und 69 Prozent der Republikaner 2022 als Feind. Beide Parteien stehen Militärinterventionen skeptisch gegenüber. Das mögen nicht immer ökonomisch oder außenpolitisch vernünftige, zum Teil gar widersprüchliche Positionen sein, doch finden sie über die Parteigrenzen hinweg Zustimmung.

Last but not least sind sich beide Seiten einig, Medien und Politiker übertrieben die Unterschiede zwischen ihnen. Besonders schlecht kommt das Internet weg. 79 Prozent der Amerikaner glauben, Soziale Medien hätten das Land politisch polarisiert, 64 Prozent (74% der Republikaner und 57% der Demokraten) sehen sie als schlechte Sache für die Demokratie. Politische Debatten emigrieren zunehmend in Gruppen-Chats wie Whatsapp, wo die anderen Mitglieder bekannt sind und die



Grafik: Picture Alliance/CNN





Am 22. Februar 1980 treffen beim olympischen Eishockeyturnier in Lake Placid die USA und die Sowjetunion aufeinander. Die USA gewann das Spiel, welches als *Miracle on Ice* in die Geschichte einging, mit 4:3. Die Spieler beider Mannschaften geben sich die Hand.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Heinz Wieseler

Auseinandersetzung deshalb ziviler verläuft als auf offenen Plattformen. 92 Prozent der Republikaner und 96 Prozent der Demokraten halten es für wichtig die Spaltung zu mildern und zwei Drittel wollen die jeweils andere Seite besser verstehen. Das sind, wenn auch in kleinem Maße, positive Trends.

Eine funktionierende Demokratie fußt auf verlässlichen Informationen, die die parteipolitische Polarisierung dämpfen. Die meisten Bürger, allen voran progressive und konservative Aktivisten, nehmen etwa die Parteien stereotyp wahr. Ein Beispiel: Demokraten schneiden bei Wahlen in der Regel überdurchschnittlich gut ab bei Jungen, Minoritäten und Großstädtern, die Republikaner bei Älteren, Landbewohnern, Reichen und Evangelikalen. Doch Anhänger beider Seiten überschätzen die Bedeutung dieser Gruppen für die jeweils andere Partei. Denn nach wie vor ist der Wähler beider Parteien im Mittel ein weißer, nicht-evangelikaler Christ durchschnittlichen Alters und Einkommens.

Weist man Anhänger einer Partei darauf hin, dass sie sich gar nicht so sehr von denen der anderen unterscheiden, nimmt ihre Animosität ab. Selbst ein Ortswechsel trägt dazu bei.

Republikaner und Demokraten, die in eine von der jeweils anderen Partei dominierte Region zogen, veränderten ihre Präferenzen stärker als Wähler, die in ihrem gewohnten Umfeld blieben. Matthew Levendusky von der University of Pennsylvania und Polarisierungsexperte argumentierte in *Our Common Bond 2023*, die Bürger teilten nach wie vor Vieles: ihre Identität als Amerikaner, eine enge Beziehung zu einem Freund, Verwandten, Nachbarn oder Arbeitskollegen von der anderen politischen Seite und eine ähnliche Sichtweise von Werte- und Sachfragen. Er rät: „Wenn wir die Gemeinsamkeiten zwischen Demokraten und Republikanern betonen und nicht das, was sie trennt, können wir Brücken über die politischen Gräben hinweg bauen.“ Levendusky hofft, dass die persönliche Ebene politische Differenzen überwinden hilft.

Deshalb ist es entscheidend, Gemeinschaftserfahrungen zu verankern und zu wiederholen. Gerade die Lokalpolitik, in der konkrete Probleme pragmatische Lösungen erfordern und wenig Platz für ideologische Gefechte bleibt, vermag das gegenseitige Verständnis zu erhöhen. Zugleich gilt es, Symbole nationaler Zusammengehörigkeit wie

den Unabhängigkeitstag, die Verfassung und den Exzeptionalismus zu feiern. Selbst apolitische kollektive Erlebnisse können die Identität stärken und Brüche kitten. Personen, die sich Filme wie „Miracle“ (2004) über den Sieg des US-Eishockeyteams gegen die hochfavorisierte UdSSR im Halbfinale der Olympischen Winterspiele 1980 ansahen, zeigten danach ein starkes Gemeinschaftsempfinden. Der Pop- und Country-Musik-Megastar Taylor Swift dürfte gegenwärtig mehr zum Einheitsgefühl der Nation beitragen als so manche Politikerrede, weil ihre gut hundert Millionen amerikanischen Fans aus allen Schichten und Regionen stammen.

Das gewichtigste Argument, dass sich die USA nicht dauerhaft in Kulturkriegen verstricken müssen, freilich lautet: Die Mehrheit der Bevölkerung ist gemäßiger, als Polarisierungsunternehmer und Parteiaktivisten annehmen. Eine Rekordzahl von 43 Prozent der Amerikaner identifizierte sich 2023 laut Gallup als „Unabhängige“, nur jeweils 27 Prozent als Anhänger einer der beiden großen Parteien. Sogar bei Demokraten und Republikanern überwiegen die Moderaten. Fast drei Viertel von ihnen zählen nicht zu den Zeloten, sondern zu den Zentristen, für die es auf politische Positionen und Erfahrung der Kandidaten ankommt.

Das Bild einer unrettbar gespaltenen Gesellschaft, die sich in kommunikativen Echokammern verschanzt und geschlossene radikale Weltbilder propagiert, trifft primär auf gut ausgebildete Weiße zu. Von allen demografischen Gruppen sind nur weiße Collegeabsolventen an beiden Enden des Spektrums extrem polarisiert, 34 Prozent von ihnen vertreten sehr linke, 28 Prozent sehr rechte Positionen. Ähnlich radikal sind am konservativ-fundamentalistischen Ende des Spektrums allerdings auch Weiße ohne College-Abschluss (31 Prozent). Schwarze, Hispanics und Asien-Amerikaner hingegen finden sich zu 84 und 69 Prozent in der politischen Mitte und haben moderate Ansichten.

Ihr gesellschaftlicher Anteil wächst schnell. Bereits seit 2020 sind die Minderheiten bei den Unter-18-Jährigen die Mehrheit, von 2045 an dürfte das bei der Gesamtbevölkerung und von 2060 an auch bei den Wahlberechtigten der Fall sein. Das sollte einen mäßigenden Einfluss auf die Politik ausüben. Demokraten wie Republikaner werden die nicht-weißen ethnischen Gruppen verstärkt umwerben und ihnen attraktive Inhalte anbieten müssen, wollen sie bei Präsidentschaftswahlen mehrheitsfähig bleiben. Dies entbehrt nicht der Ironie: Die Angst vor einem ethnischen Wandel der USA durch Einwanderung auf der radikalen weißen Rechten und

dessen Unterstützung auf der radikalen weißen Linken schürten die Kultur- und Stammeskriege seit 2015 mehr als andere. Künftig könnte genau dieser Wandel helfen, der parteipolitischen Polarisierung beizukommen. 🌱



LESESTOFF

Bierling, Stephan: Die Unvereinigten Staaten

„E pluribus unum“, aus vielem eines: So lautet der Wappenspruch im Siegel der USA. Doch davon ist nicht mehr viel übrig. Die Vereinigten Staaten sind in einem Ausmaß zerstritten und verfeindet wie seit dem Bürgerkrieg nicht mehr. Die Hauptursache dafür ist die parteipolitische Polarisierung, die mittlerweile alle Akteure, Institutionen und Verfahren der amerikanischen Demokratie erfasst hat. Dieses Buch erklärt, wie das politische System der USA funktioniert und woran es liegt, dass es immer weniger funktioniert – mit dramatischen Auswirkungen nicht nur für die USA, sondern auch für die Zukunft der Demokratie und uns alle. Es könnte nicht aktueller sein.

Ältere Einführungswerke in das politische System der USA besitzen im Grunde nur noch historischen Wert – so dramatisch haben sich die Zustände in der Supermacht in den letzten drei Jahrzehnten verändert. Dass den Parteien eine geschlossene Programmatik fehlt, sie regional sehr unterschiedlich sind, das Mehrheitswahlrecht moderate Politiker bevorzugt, Präsident und Kongress oft über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, Bundesrichter überparteilich agieren, checks and balances Angriffe auf die Demokratie wirksam verhindern: All das ist längst überholt oder steht auf der Kippe.

Stephan Bierling, einer der besten deutschen Kenner der USA, stellt in diesem grundlegenden Werk Aufbau und Funktionsweise des politischen Systems dar, erklärt die Aufgaben der Institutionen und Besonderheiten wie das Impeachment, Gerrymandering oder Filibuster, aber zugleich geht er dabei stets der Frage nach, warum die Mechanik des Regierens sich so stark verändert hat und wie sich Demokratie heute in den USA real vollzieht. Sein Buch ist eine unerlässliche Lektüre für alle, die besser verstehen wollen, was eigentlich los ist mit den USA und woran es liegt – nicht erst seit Donald Trump.



Zitiert nach Verlag und Klappentext